

Beschluss

des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung vom 10.02.2015

-öffentlich-
-einstimmig-

Erhöhung der Erstberatungskapazitäten für Neuzuwanderer/innen

Das Sozialreferat wird gebeten zu prüfen, ob in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden die Erstberatungskapazitäten für die Neuzuwanderer/innen – insbesondere einerseits für die großen Gruppen aus den EU-Ländern Rumänien, Griechenland, Polen und Bulgarien (entsprechend den neuesten statistischen Daten) und andererseits die steigenden Flüchtlingszahlen aus dem Nahen und Mittleren Osten – erhöht werden können.

Dabei sollte, wie auch bisher, auf interkulturelle Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund zurückgegriffen werden.
Die Stadt berichtet dem Integrationsrat und der Kommission für Integration über die getroffenen/geplanten Maßnahmen.

Begründung:

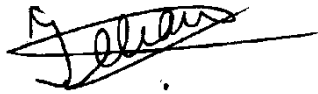
Aufgrund der europäischen Finanzkrise suchten nach 2008/2009 immer mehr Zuwanderer/innen aus Süd-, Ost- und Südosteuropa eine Bleibe auch in Nürnberg und haben sich hier dauerhaft niedergelassen. So ist die Zahl der zugewanderten Griechen von 8.785 (2011) auf 9.678 (2012) und 10.344 (2013) gestiegen, die der Spanier von 1.269 (2011) auf 1.436 (2012) und 1.589 (2013), die der Italiener von 6.044 (2011) auf 6.253 (2012) und 6.410 (2013), die der Polen von 4.260 (2011) auf 4.942 (2012) und 5.431 (2013), die der Ungarn von 837 (2011) auf 1.189 (2012) und 1.547 (2013), die der Bulgaren von 1.439 (2011) auf 1.986 (2012) und 2.545 (2013), sowie die der Rumänen von 3.251 (2011) auf 4.466 (2012) und 5.686 (2013). Die Zahl der Ausländer und Ausländerinnen insgesamt in Nürnberg stieg von 89.427 (2011) über 94.999 (2012) auf 98.906 (2013). *(Quelle: Ausländerzentralregister sowie Bericht des Einwohneramtes und des Amtes für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg)*

Da ab Januar 2014 die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland auch für Bürger aus Bulgarien und Rumänien gilt (was zu einer vermehrten Einwanderung aus diesen Ländern führte) und insbesondere während der letzten Monate auch die Zahl der Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten (besonders Syrien und Irak) sprunghaft gestiegen ist (und hier keineswegs ein Ende dieser Zunahme erwartet wird), ist auch der Bedarf an Beratung und Unterstützung nach ihrem Eintreffen hier

akut im Steigen begriffen. Die Aufgabe dieser Erstberatung haben die Wohlfahrtsverbände. Es wird gebeten, neue Möglichkeiten zu suchen und das Beratungsangebot entsprechend zu erhöhen.

Nürnberg, 10.02.2015

Vorsitzender



İlhan Postalıoğlu

Schriftführerin



Ina Graf